Freitag, 6. April 1923 · 71. Jahrgang Nr. 161

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 150 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK“

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Abonnementspreis einschliessl. zweimalig. Zustellung durch die Botenfrau M. 1150.— wöchentl., M. 5000.— monatlich im voraus zahlbar. Abonnementspreiserhöhungen während der Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung des entsprechenden Entgelts. Insertionspreis: die 12 gespaltene Zeile M. 1200.—. Kleine Anzeigen: das Wort M. 200.—, das fettgedruckte Wort M. 375.— Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46-49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 3, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 9, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Strasse, Fennstrasse 1, Müllerstrasse 135, Badstrasse 61, Königstrasse 56-57, Rosenthaler Strasse 48, Rathenower Strasse 3, Turmstrasse 61, Potsdamer Strasse 33, Leipziger Strasse 103, Zimmerstrasse 19, Blücherstrasse 69, Fidicinstrasse 9; Charlottenburg: Tauentzienstrasse 2, Kantstrasse 34, Scharrenstrasse 39, Nürnberger Strasse 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Strasse 247-48, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Strasse 8; Schöneberg: Hauptstrasse 23-24, Martin-Luther-Strasse 9; Steglitz: Albrechtstrasse 130; Tempelhof: Berliner Strasse 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 3.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Besetzung der Bochumer Großbanken

Wieder Schüsse auf friedliche Arbeiter außerhalb der Zollgrenze

Münster, 5. April. (W. T. B.)

In Bochum haben die Franzosen heute nachmittag sämtliche Großbanken militärisch besetzt und abgesperrt. Nähere Nachrichten fehlen noch. Bei der Zollstation Hecke beschossen gestern nachmittag französische Soldaten vier auf dem Wege von Herdecke nach Hagen befindliche Arbeiter, die bereits die Zollgrenze passiert hatten. Getötet oder verletzt wurde niemand, dagegen drei der Arbeiter verhaftet. Die Gründe sind unbekannt.

*

Nach einer Meldung aus Köln besetzten die Franzosen das Amtsgebäude des Betriebsamtes Neuwied. Die auf die Zermürbung des Widerstandes der Eisenbahner gerichteten Massenverfolgungen nehmen zu. Es sind neue Ausweisungen aus Dienstwohnungen und bahneigenen Mietswohnungen erfolgt. In sechs Orten erhielten sämtliche Inhaber von Dienstwohnungen den Räumungsbefehl.

In Bochum haben die Franzosen im Laufe des gestrigen Tages die Requisitionen von Kraftwagen fortgesetzt. Auch sonst beschlagnahmten sie Waren, unter anderem Kochkessel. In Herne haben die Franzosen eine Telegraphenschule eingerichtet. In Vohwinkel wurde eine Zollstelle eingerichtet. In der Nacht zum 3. dieses Monats ist in Frohlinde bei Dortmund ein französischer Posten durch einen Kinnschuß verletzt worden. Ueber die Täter ist nichts bekannt. Der französische Ortskommandant hat Sanktionen angedroht.

In Darmstadt rechnet man mit Massenausweisungen von Eisenbahnern, da die von den Franzosen gestellte Frist zur Räumung der Dienstwohnungen abgelaufen ist.

Kruppsche Betriebsratsmitglieder in Berlin

Empfang beim Reichskanzler

Drei Mitglieder des Betriebsrates der Krupp-Werke, ein Vertreter des A. D. G. B., einer des Afa-Bundes und ein Christlicher Gewerkschaftler, sind am Donnerstag vormittag in Berlin eingetroffen, um den zuständigen Stellen näheren Bericht über die Vorgänge am Karsonnabend zu erstatten. Im Laufe des Abends wurden sie auch vom Reichskanzler empfangen, dem sie in einer kurzen Unterredung ein Bild von der Lage in Essen gaben.

Ein neuer deutscher Protest

Düsseldorf, 5. April. (W. T. B.)

Der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Oberregierungsrat Lutterbeck, hat an den General Denvignes folgendes Schreiben gerichtet:

„Am 2. April hat der Herr Oberbürgermeister der Stadt Essen bei dem General Jacquesmemot in schärfster Weise gegen die Bluttat am Karsamstag protestiert und Maßnahmen gefordert, die ähnlichen Mißbrauch der bewaffneten Macht ausschließen. Darauf schrieb der General am 4. April: „Die ganze Verantwortung fällt auf die Direktoren der Krupp-Werke. Die Sanktionen, die Sie fordern, sind schon im Gange, da eine bestimmte Zahl dieser Direktoren verhaftet worden ist.“

Angesichts der Ungeheuerlichkeit der Bluttat, angesichts der 13 Toten und der übrigen Opfer, unter denen noch heute verschiedene mit dem Tode ringen, angesichts der Entrüstung der ganzen Welt über dieses Ereignis müßte die Antwort des Generals als ein Hohn und ein Schlag ins Gesicht empfunden werden.

Ich bin sicher, Herr General, wenn Sie, wie es gestern ein von mir beauftragter Vertreter getan hat, das Krankenhaus in Essen besuchen und dort mit eigenen Augen die Qualen der Verwundeten sehen würden, daß Sie dann die Aeußerung, die Herr General Jacquemencot getan hat, als eine Aeußerung von nicht zu übertreffender Unmenschlichkeit bezeichnen würden. Wie ich flammenden Protest erhoben habe gegen das frivole Spiel mit Menschenleben, das seitens der französischen Truppenabteilung getrieben worden ist, so erhebe ich schärfste Anklage gegen die unerhörte Verhöhnung der Gefühle einer leidenden Bevölkerung.

Soll man also wirklich aus den Worten des Generals Jaque Marnot entnehmen, daß er die Bluttat für gut und recht befindet und den Führer der Abteilung, welcher die Feuereröffnung gegen die wehrlose Menschenmassen befohlen hat, von jeder Verantwortung freisprechen will? Mag der General so denken, so durfte nie und nimmermehr eine solche Aeußerung laut von ihm getan werden.

Von Ihnen, Herr General, erwarte ich, daß Sie den Befehlshaber veranlassen, Maßnahmen zu treffen, diesem frivolen Ton, wie er in dem Schreiben vom 4. April beliebt wird, ein für allemal ein Ende zu machen.

Hat denn wirklich der örtliche Befehlshaber in Essen keinen Sinn für die Gefühle einer bis aufs Blut gepeinigten Bevölkerung? Endlich bitte ich Sie, Herr General, dringend dafür Sorge zu tragen, daß die Verhandlungen gegen die Direktoren, auf deren sofortiger Freilassung ich nach wie vor bestehe, unter keinen Umständen vor der Beerdigung der Opfer stattfinden. Die Volksmasse ist in einer Weise erregt, daß sie eine gegen ihr eigenes Empfinden geleitete Stellungnahme des französischen Kriegsgerichts nicht stillschweigend hinnehmen könnte. Es liegt also im eigenen Interesse der Besatzung, alles zu vermeiden, was vor der Beerdigung der allgemeinen Entrüstung neue Nahrung zuführen könnte.“

Die Beschlagnahmeverfügungen der Rheinlandkommission

Deutscher Protest gegen das vertragswidrige Vorgehen — Ein Verbot an deutsche Staatsangehörige

Berlin, 5. April. (W. T. B.)

Die französische und belgische Besatzung im Rheinlande und im Ruhrgebiet ist dazu übergegangen, die Durchsetzung von Reparationssachleistungen und Restitutionen selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zwecke sind von der Rheinlandkommission und dem militärischen Oberbefehlshaber besondere Verordnungen erlassen worden. Darin werden beschlagnahmt:

1. Waren und Erzeugnisse aller Art, die den Gegenstand von Bestellungen der alliierten Regierungen oder alliierter Staatsangehöriger bei der deutschen Regierung oder bei deutschen Staatsangehörigen auf Grund der Reparationsvorschriften bilden. Es handelt sich dabei sowohl um Bestellungen, die von deutschen Behörden für Reparationszwecke gemacht worden sind, als auch um französische und belgische Bestellungen von Reparationslieferungen im freien Verkehr;

2. die der deutschen Regierung gehörigen Vorräte an Maschinen, Vieh und sonstigen Gegenständen, die für Restitutionszwecke bestimmt sind. Dabei ist offenbar an die Regierungsläger gedacht, aus denen Lieferungen zur Ablösung der Restitution bewirkt werden;

3. alle Gegenstände, die alliierten Regierungen oder Staatsangehörigen gehören, gleichgültig in wessen Gewahrsam sie sich befinden. Damit wird die Fortführung der Restitutionen bezweckt.

Außerdem ist vorgesehen, daß Gegenstände aller Art, die der deutschen Regierung oder einem deutschen Lande gehören, für Reparationszwecke beschlagnahmt werden können.

Das Vorgehen der Besatzung ist rechts- und vertragswidrig. Die deutsche Regierung hat dagegen bei der Gegenseite Verwahrung eingelegt und durch eine am 29. März 1923 erlassene Verordnung unter Strafandrohung verboten, derartige Lieferungen und Leistungen zu bewirken oder Handlungen vorzunehmen, die solche Lieferungen und Leistungen vorzubereiten oder zu fördern geeignet sind; verboten ist insbesondere auch die Erstattung von Anzeigen an die Dienststellen der Besatzung.

Auf diese im „Reichsanzeiger“ vom 31. März d. J. veröffentlichte Verordnung wird besonders aufmerksam gemacht.

Ein Märchen

Essen, 4. April. (W. T. B.)

Der Londoner „Daily Telegraph“ behauptet, während der Vorgänge am Karsonnabend in der Kruppschen Fabrik hätten Herr Krupp v. Bohlen und Halbach sowie mehrere Mitglieder des Verwaltungsrats von einem Turm der Fabrik aus wie Generale durch Ferngläser die Ansammlung ihrer Arbeiter beobachtet. Wie W. T. B. hierzu von der Firma Krupp erfährt, hat sich weder Herr Krupp v. Bohlen und Halbach noch irgendein Mitglied des Verwaltungsrats oder des Direktoriums während der bekannten Vorgänge auf einem Turm befunden. Alle diese Herren waren während dieser Zeit zu geschäftlichen Besprechungen versammelt.

Prenzel bleibt Meister

Der Boxkampf Prenzel—Wiegert um die deutsche Mittelgewichtsmeisterschaft, der gestern abend im Berliner Sportpalast stattfand, nahm einen spannenden Verlauf. In den ersten beiden Runden mußte Prenzel dreimal bis 9 zu Boden. Er erholte sich dann aber wieder und setzte Wiegert derart zu, daß dieser in der fünften Runde den Kampf aufgab. **Prenzel behält also den Meistertitel.**

Schnelldienst

Reichsernährungsminister Dr. Luther ist gestern mittag zum Besuch der württembergischen Regierung aus München in Stuttgart eingetroffen.

Kardinal Fürstbischof Bertram (Breslau), Bischof Schmitt (Fulda), Bischof Groß (Leitmeritz), Bischof Klein (Brünn) und zahlreiche Prälaten sind in Rom eingetroffen.

Wie die „Wupo“ aus Dairen in Sibirien meldet, wurde dort eine russisch-japanische Gesellschaft gegründet.

Für den Posten des Landrates des Kreises Fischhausen (Königsberg-Land) hat die preußische Regierung den Sozialdemokraten Hofer bestimmt.

In Charkow wurde mit einem Grundkapital von 550 000 Goldrubel die „Gesellschaft für Luftverkehr in der Ukraine“ gegründet.

Der ehemalige französische Botschafter in London, Paul Cambon, ist ernstlich erkrankt.

Tschechoslowakische Landarbeiter werden nach Frankreich geschickt werden.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete, Staatsminister a. D. Dr. Wallraf, der in Bonn wohnt, ist ausgewiesen worden.

Durch Vermittelung des schwedischen Roten Kreuzes haben die schwedischen Eisenbahner, Postbeamten und das Polizeikorps in Stockholm Liebesgabenpakete an ihre Kollegen im Ruhrgebiet geschickt.

Für die Zeit vom 11. bis einschließlich 17. April beträgt das Goldzollaufgeld 497 900 v. H. gegenüber 494 900 v. H. in der Vorwoche, womit es eine leichte Erhöhung erfährt.

Dollar: New-Yorker Parität 21 277

Polizei und Politik

Von
Polizeioberwachtmeister **Ernst Hildebrandt**
Mitglied im Hauptausschuß M. d. J.

„Die Polizei soll und muß entmilitarisiert werden!“
„Die Polizei soll und muß entpolitisiert werden!“

Zwei Sätze von allergrößter Bedeutung! Zwei Sätze, die überall genannt und auch in Anwendung gebracht werden sollen! Zwei Sätze, über deren Bedeutung es aber verschiedene Meinungen gibt! Die Polizei muß entmilitarisiert werden, dafür haben wir uns schon von Anfang an eingesetzt und treten voll und ganz dafür ein. Leider merken wir in der Praxis von der Entmilitarisierung der Polizei, insbesondere der Schutzpolizei, nicht „überall“ soviel, wie uns erwünscht ist. Das beweisen die noch täglich eingehenden Klagen und Wünsche auf Abstellung mancher Uebel, die mit der Polizei, mit dem polizeilichen Dienste nichts gemein haben, sondern für deren Urheber der Satz: „Die Polizei muß entmilitarisiert werden!“ nichts gilt. Aber auf einen Hieb fällt ja keine Eiche! Und so haben wir immer noch die feste Hoffnung, daß durch unsere andauernden Hinweise es endlich gelingen wird, die Polizei zu entmilitarisieren.

„Die Polizei soll entpolitisiert werden!“ Diesen Satz, der ganz anders von den Verfechtern dieses Wortes aufgefaßt worden ist, als wir ihn auffassen, möchten wir einmal hier näher beleuchten. Wir sind damit einverstanden, daß in den Kasernen, im Dienste, die Politik bei der Polizei nichts zu suchen hat. Wir sind aber der Meinung, daß außer Dienst der Polizeibeamte die Pflicht und Schuldigkeit hat — mehr als es bisher geschehen — sich mit der Politik zu beschäftigen. Hiermit soll keiner politischen Partei irgendwie das Wort geredet werden. Aber leider sind viele unserer Kollegen, sonst die tüchtigsten und besten Männer, die man sich denken kann, auf politischem Gebiet noch die reinen Kinder! Und das ist eine große Gefahr! Das ist gefährlich für die Beamten selbst! Ist gefährlich für die Polizei! Das ist gefährlich für den Staat, für die Republik! Gewissenlose Elemente, deren Ziele ganz andere sind, nur nicht Wiederaufbau unseres Vaterlandes, Erstarkung unserer jungen Republik, sondern die darauf bedacht sind, das, was mühselig erkämpft und mühselig gepflegt werden muß, zu zerschlagen, haben es mit einer Polizeibeamtenschaft, die sich über politische Ziele und über die Richtlinien der einzelnen Parteien nicht klar ist, sehr leicht, und es bedarf keiner großen Mühe und Ueberredung, diese Beamten vor ihren Wagen zu spannen. Glücklicherweise sind bisher solche schon gemachten Versuche nicht gelungen. Die rührige Arbeit aller derjenigen, die es mit der Republik und der Polizei ernst und gut meinen, hat bis jetzt vermocht, daß solchen Sonderbestrebungen bei der Polizei kein Gehör geliehen worden ist. Aber es ist eigentlich nicht die Aufgabe der Vertrauten und der Verbandsführer der Polizeibeamten, sie über die politischen Ziele und politischen Pläne aufzuklären, sondern dieses wäre eine dankenswerte Aufgabe aller derjenigen, die befugt sind, der Polizeimannschaft Unterricht zu erteilen. Ich bin davon überzeugt, daß die Beamten selbst und der Staat am meisten dabei profitieren würden, wenn in den Unterrichtsstunden nur Staatswissenschaft, Bürgerkunde, Gesetzeskunde gelehrt und auch über die Politik in dem von uns gedachten Sinne gesprochen würde, als daß man viel Mühe und Sorgfalt dafür verwendet, „strategische Aufgaben“ zu lösen und den Lauf einer Geschoßbahn solange einzupauken, bis ihn der Schutzpolizeibeamte im Schlaf herunterleiern kann. **Die**